



An den Grossen Rat

25.5575.02

WSU/P255575

Basel, 11. März 2026

Regierungsratsbeschluss vom 10. März 2026

Budgetpostulat Heidi Mück betreffend „Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Amt für Umwelt und Energie, Transferaufwand (Amt für Wald und Wild beider Basel)“

Der Grosse Rat hat an seiner Sitzung vom 21. Januar 2026 das nachstehende Budgetpostulat Heidi Mück dem Regierungsrat zum Bericht überwiesen:

«Erhöhung um Fr. 35'000

Begründung:

Die Nachfrage nach ausser-schulischen Naturerlebnissen hat 2025 einen Höchststand erreicht. Zahlreiche Schulklassen aller Stufen besuchten meist halbtägige Angebote in der Natur, die von eigens dafür ausgebildeten Naturpädagog:innen geleitet werden. Dies hat gute Gründe: Naturerfahrungen stärken die psychische und physische Gesundheit der Kinder und Jugendlichen und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsförderung. Lernen im Wald gibt den Kindern Gelegenheit, die Natur zu erleben, zu erforschen und komplexe ökologische Zusammenhänge zu begreifen. Ein grosser Teil der naturpädagogischen Angebote wird vom Netzwerk und Anlaufstelle Naturforum Regio Basel vermittelt und koordiniert. Die Angebote werden zum Teil durch das Amt für Wald und Wild (AfWW) beider Basel und zum Teil durch Stiftungen finanziert.

Bis 2024 wurde ein Teil dieser Angebote auch vom ED BS als Teil der Präventionsprogramme finanziert. Mit dem Ziel, die naturpädagogischen Angebote zu bündeln und damit zu stärken wurden diese zum Amt für Wald und Wild beider Basel transferiert. Das Amt für Wald und Wild hat jedoch keine zusätzlichen Mittel für die Finanzierung erhalten.

2025 wurde ein Teil dieser Angebote vom Amt für Wald und Wild auf eigene Initiative finanziert und für 2026 und 2027 die Mittel sogar geringfügig aufgestockt, um der grossen Nachfrage entgegenzukommen. Trotzdem wird die ursprünglich vom ED BS unterstützte Anzahl Angebote nicht mehr vollumfänglich gedeckt. Die Naturpädagogik ist allgemein unter Druck, denn es drohen massive Kürzungen durch das Entlastungs-paket 27 des Bundes, das auf die Förderung von Umweltbildung verzichten will, was schon jetzt die Suche nach Stiftungsgeldern viel schwieriger macht. Das Amt für Wald und Wild finanziert ausschliesslich Angebote zum Thema Wald. Naturthemen betreffend die übrigen Ökosysteme und Lebensräume wie Gewässer, Gärten, Wiesen und Biodiversität im Siedlungsraum sind aktuell vollständig auf Stiftungsbeiträge angewiesen.

Für 2026 sind von den 35 Angeboten deren Finanzierung gesichert ist (30 finanziert durch das AfWW, 5 durch Stiftungen) schon fast alle ausgebucht. Konkret hat es im Dezember 2025 noch 7 halbtägige Angebote (5 zu Waldthemen und 2 mit freier Themenwahl, da von Stiftungen finanziert), die von Basler Schulen gebucht werden können. Es braucht also dringend mehr Mittel um den Schulen von Basel-Stadt die Möglichkeit zu bieten, diese pädagogisch wertvollen Angebote zu buchen.

Laut Auskunft des AfWW und des Naturforums Regio Basel kostet ein halbtägiges Programm im Wald rund 500 Fr. Mit zusätzlichen 20'000 Fr. an das Amt für Wald und Wild können rund 40 baselstädtische Schulklassen zusätzlich ein Angebot zum Thema Wald buchen. Mit 15'000 Fr. an

das Amt für Umwelt Basel können zudem 30 Schulklassen eine Veranstaltung zu einem der anderen Naturthemen buchen.

Dies würde in etwa einem Programm auf dem gleichen Stand wie vor dem Transfer der Angebote vom ED zum Amt für Wald und Wild entsprechen.

Zur Einordnung: Gemäss einer Tabelle des Amts für Statistik gibt es 2025 insgesamt rund 1'200 Schulklassen.

Heidi Mück»

Wir berichten zu diesem Budgetpostulat wie folgt:

1. Hintergrund

Das Budgetpostulat verlangt eine Erhöhung des Transferaufwands um insgesamt 35'000 Franken zur Finanzierung naturpädagogischer Angebote für Schulklassen. Davon sollen 20'000 Franken dem Amt für Wald und Wild beider Basel (AfWW) für Angebote zum Thema Wald und 15'000 Franken dem Amt für Umwelt und Energie (AUE) für Veranstaltungen zu weiteren Naturthemen zur Verfügung gestellt werden.

Es gibt, bzw. es gab bisher zwei Möglichkeiten, um für basel-städtische Schulklassen Angebote in Wald und Natur zu beantragen und finanzieren zu lassen:

- Das Erziehungsdepartement hat 70'000 Franken für Finanzierungsanträge der Volksschulen für kostenpflichtige Präventionsangebote reserviert. Die Anträge der Lehrkräfte werden einzeln eingereicht und nach Möglichkeit bewilligt. Bis 2024 wurde - wie im Budgetpostulat beschrieben - aus diesen reservierten Finanzmitteln soweit möglich das Angebot «4 Jahreszeiten – 4 Waldbesuche» der Waldschule beider Basel finanziert. Seither werden ausschliesslich gesundheitliche Angebote finanziert. Das hat zur Folge, dass Lehrpersonen beim Erziehungsdepartement keine Finanzierungsanträge mehr für das erwähnte Angebot einreichen können.
- Das Amt für Wald und Wild beider Basel hatte bis ins Jahr 2024 einen Vertrag mit dem Naturforum Regio Basel abgeschlossen, welcher mit 10'000 Franken 20 Angebote für basel-städtische Schulklassen im Wald abdeckte. Für das Jahr 2026 wurde ein neuer Vertrag abgeschlossen, welcher mit 18'000 Franken das Angebot für mindestens 30 Schulklassen (inkl. Beratung Lehrpersonen und Betreuung der Buchungsplattform) ermöglicht.

Seit 2024 sind die Finanzmittel für die Angebote in Wald und Natur knapp geworden, weil die einzelnen Schulen beim Erziehungsdepartement keine Mittel mehr beantragen konnten. Dies hat auch zu der im Budgetpostulat beschriebenen Knappheit geführt. Das AfWW hat aus eigenen Mitteln im Jahr 2025 über die bisher vertraglich vereinbarten 20 Angebote hinaus mit 9'000 Franken weitere 20 Schulhalbtage (à 450 Franken) im Wald finanziert, damit die Schulklassen den Zyklus «Vier Jahreszeiten» abschliessen konnten.

2. Beurteilung des Budgetpostulats

Zur Erfüllung des Budgetpostulats könnte das Amt für Wald und Wild seinen heutigen Vertrag dem Naturforum Regio Basel anpassen und statt mindestens 30 Angebote im Wald mit 18'000 Franken neu mindestens 70 Angebote im Wald mit 38'000 Franken finanzieren. Und für Angebote ausserhalb des Waldes, also zu anderen Naturthemen, könnte zur Erfüllung des Budgetpostulats das Budget des Amtes für Umwelt und Energie erhöht werden.

Die Aufstockung von Budgetmitteln beim Amt für Wald und Wild beider Basel sowie beim Amt für Umwelt und Energie bringt nicht den erwünschten Nutzen. Das Amt für Wald und Wild ist nur für Angebote im Wald zuständig. Diese Nachfrage deckt es in Zusammenarbeit mit dem Naturforum Regio Basel in ausreichendem Umfang ab und hat diesen Umfang ab dem Jahr 2026 sogar er-

weitert. Für eine Erhöhung der beim Naturforum Regio Basel eingekauften Angebote ist das Budgetpostulat nicht notwendig. Eine Erhöhung auf 70 Angebote würde Mehrkosten von 20'000 Franken auslösen. Weiter soll für die Angebote in der Natur im Amt für Umwelt und Energie nicht ein dritter Finanzierungstopf geschaffen werden, um Angebote für basel-städtische Schulklassen zu finanzieren. Denn es geht dabei nicht nur um die eigentliche Finanzierung der einzelnen Angebote, sondern auch um die Administration der Gesuche inkl. deren Abwicklung und Beratung der Lehrkräfte. Mit einem Budgetposten von 15'000 Franken im Amt für Umwelt und Energie würde, neben Amt für Wald und Wild / Naturforum Regio Basel sowie Erziehungsdepartement, eine weitere Administration aufgezogen, was kein effizienter Mitteleinsatz ist.

3. Stellungnahme des Regierungsrates

Der Regierungsrat anerkennt den pädagogischen und gesellschaftlichen Nutzen der Umweltpädagogik. Die beantragte Erhöhung ist aus Sicht des Regierungsrats jedoch nicht erforderlich. Der ausgewiesene Bedarf der Schulklassen von Basel-Stadt nach Angeboten in Wald und Natur kann innerhalb des bestehenden kantonalen Budgets ohne Budgeterhöhung gedeckt werden.

Der Regierungsrat sieht vor, dass die entsprechenden naturpädagogischen Angebote künftig wieder durch das Erziehungsdepartement bereitgestellt werden. Diese Angebote sind Teil der «Bildung für nachhaltige Entwicklung» (BNE) gemäss Lehrplan 21. Die Finanzierung kann in der Grössenordnung der bis 2024 geleisteten Beiträge innerhalb der bestehenden Mittel des Erziehungsdepartements sichergestellt werden.

Vor diesem Hintergrund erachtet der Regierungsrat das Budgetpostulat als nicht notwendig und beantragt dessen Ablehnung.

4. Antrag

Auf Grund dieses Berichts beantragen wir, das Budgetpostulat Heidi Mück betreffend „Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt, Amt für Umwelt und Energie, Transferaufwand (Amt für Wald und Wild beider Basel)“ nicht zu erfüllen.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident



Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin